



Interviews

Datum: 2. Februar 2023

Simone Peter im Gespräch mit Stefan Heinlein

Stefan Heinlein: Mitgehört hat Simone Peter. Sie ist die Präsidentin des Bundesverbandes Erneuerbare Energie, einem Dach- und Interessenverband mit dem Ziel eines grundlegenden Umbaus unserer Energieversorgung. – Guten Morgen, Frau Peter!

Simone Peter: Guten Morgen! – Ich grüße Sie.

Heinlein: Ich grüße Sie auch. – Bevor wir in die Details gehen – wie laut haben bei Ihnen die Sektkorken geknallt bei den Nachrichten gestern Mittag aus Brüssel von der Kommission?

Peter: Es geht ja weniger um Sektkorken, als dass diese Ankündigungen des Industriepans erst mal ein bedeutendes Signal sind für den gesamten Klimaschutzmarkt in Europa und auch eine wichtige Reaktion auf den Inflation Reduction Act, der in Ihrem Bericht ja schon angeklungen ist, aber auch die Maßnahmen von China und offenen Vorgaben beziehungsweise die Flanke, die China liefert, hier mit Technologien voranzukommen. Da muss Europa aufholen. Wir erleben das bei Debatten über die Elektromobilität, die erneuerbaren Energien, die Batterien. Diese Antwort ist wichtig und richtig und sie muss schnell konkretisiert werden, damit wirklich Europa wieder vorankommt. Wir haben da ein Stück Zeit verloren.

Heinlein: Keine Sektkorken, aber gefreut haben Sie sich vermutlich schon ein bisschen?

Peter: Wir haben uns gefreut, weil mit dem klaren Ausdruck, dass die Europäer jetzt den Krisenrahmen als einen Transformations-Krisenrahmen,

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

einen Umbau der Wirtschaft hin zu Klimaneutralität – wir müssen ja auch die Paris-Klimaziele erfüllen -, den Heimatmarkt für Zukunftstechnologien stärken, das ist jetzt die Ansage. Dass man das mit finanziellen Hilfen, aber auch mit regulatorischem Rahmen stärkt, das ist wichtig und richtig, weil wir haben hier gerade in Deutschland zum Beispiel zehntausende Arbeitsplätze verloren und die Produktion von Solarenergie. Im letzten Jahr ist der letzte Rotorblatt-Hersteller für Windenergie weggegangen. Das heißt, wir haben was zu tun. Andere Kontinente warten nicht.

Heinlein: Hat Ihnen, Frau Peter, letztendlich Joe Biden die Arbeit abgenommen? Hat Joe Biden Ihnen dieses Freudenfest ohne Sektkorken ermöglicht mit seinem Inflation Reduction Act? Der US-Präsident hat der EU-Kommission Beine gemacht, Geld lockerzumachen für den von Ihnen auch angestrebten Umbau der Energieversorgung.

Peter: Der Inflation Reduction Act war eine Alarmglocke auch für Europa. Aber man muss sagen, natürlich muss auch insgesamt global in Handelsabkommen, in strategischen Investitionen, in regulatorischen Überlegungen festgemacht werden, dass wir beim Klimaschutz insgesamt vorankommen. Noch ist es ja erst ein Rahmen. Sie haben selber in dem Bericht gesagt, es wird demnächst diskutiert darüber und weiter festgelegt. Es ist ja auch kein frisches Geld vorgesehen. Man will von dem EU-Repower-Programm, dem Corona-Programm Mittel abziehen. Da sind aber nur noch 220 Milliarden Euro übrig. Das ist viel Geld, aber man muss auch überlegen, wenn man die Augenhöhe zu USA und China haben will, muss man auch wieder frisches Geld organisieren. Da ist ja ein Souveränitäts-Fonds im Gespräch.

Wichtig ist, glaube ich, auch – das ist auch angeklungen -, dass im Binnenmarkt eine Gleichverteilung stattfindet. Auch kleine Länder und auch kleine und mittelständische Unternehmen müssen profitieren und insgesamt muss die Technologiebreite ein stärkeres Augenmerk bekommen.

Heinlein: Über den letzten Punkt müssen wir gleich noch reden, Frau Peter. Aber noch mal zum Verständnis: Macht die EU mit ihrem gestern vorgestellten Plan nicht genau das, was man den USA in den letzten Wochen vorgeworfen hat, viel Geld vom Staat allein für die heimischen Unternehmen? Das was Ursula von der Leyen vorstellt ist quasi ein Inflation Reduction Act auf Europäisch.

Peter: In Teilen ja, in Teilen nicht. Ich würde sagen, was jetzt zum Beispiel die Lockerung beim Beihilferecht angeht, sicher, damit nicht noch mehr Investitionen in Drittstaaten abwandern. Das muss man sich aber auch genau angucken. Es kommt im Detail darauf an, wirkt es auch wirklich. Was zum Beispiel die Amerikaner machen, was sehr attraktiv war für die Investoren, ist eine konkrete Betriebskostenförderung, weil der Klimaschutz als kritisches, als sensibles Element angesehen wurde. Klimaschutz wirklich als sicherheitsrelevant zu definieren und darunter dann auch Investitionen und Hilfen zu organisieren, das bleibt wichtig. Es kommt am Ende auf die Detail-Ausgestaltung an, auch zum Beispiel auf Standards, dass es wirklich um klimafreundliche Produkte nachher geht, um die Erneuerbaren, Elektromobilität, Speicher, und nicht irgendwo anders hinfließt. Da ist noch viel Arbeit zu tun und wenn es dann so kommt, dann haben wir einen Schulterchluss mit den Amerikanern gezogen, den Klimaschutz voranzubringen.

Heinlein: Aber der deutsche Finanzminister Lindner, aber es gibt auch noch andere Stimmen, die sagen jetzt, es droht ein Subventionswettbewerb mit den USA in Sachen Klimatechnologie. Nun kann man tatsächlich fragen, warum braucht es für die erneuerbaren Energien staatliche Unterstützung, diese Subventionen, warum überlässt man es nicht den marktwirtschaftlichen Gesetzen, wer sich am Ende durchsetzt?

Peter: In der Tat, das überlässt man ja durchaus. Stärkster Treiber auf den internationalen Klimaschutz-Märkten sind die erneuerbaren Energien, weil sie für ein paar Cent preisgünstiger mittlerweile Strom liefern als an-

dere Technologien. Nur bei der Produktion geht es darum, konkret zu helfen. Das eine ist die Energieversorgung, das andere ist die Produktion der Anlagen, die am Anfang der Energieversorgung stehen, dass man hier hilft, dass diese Produktionsanlagen in Europa bleiben und nicht nach Amerika abwandern. Das sind jetzt sehr breite Angebote, die unsere Branche aus den USA bekommen. Die Solar-Branche, eben schon thematisiert, ist nach China, nach Asien abgewandert. Wenn Europa gerade auch in der geopolitischen Lage, die wir jetzt erfahren haben mit der hohen Abhängigkeit von russischem Erdgas, wenn uns das nicht noch mal auf die Füße fallen soll, dann müssen wir gucken, mehr in Europa zu produzieren, und es ist gut, dass die Europäer auch darüber nachdenken, Ursula von der Leyen, kritische Materialien hier zu sichern und insgesamt die Wertschöpfungskette hier wieder zu stärken.

Heinlein: Reden wir zum Schluss über den Punkt, den Sie bereits erwähnt haben. Sorgen die angekündigten EU-Subventionen für klimafreundliche Technologien, tatsächlich für Chancengleichheit in Europa, oder hat am Ende wieder einmal Deutschland oder auch andere reiche EU-Länder die Nase vorn?

Peter: Genau darum darf es nicht gehen. Es sollte weder einen Subventionswettbewerb mit den Amerikanern geben und hier Wettbewerbsverzerrungen oder ein transatlantischer Handelskonflikt, noch ein Ungleichgewicht in Europa. Das muss wirklich jetzt bei der konkreten Ausgestaltung gewährleistet sein. Wir brauchen in Europa insgesamt einen starken Binnenmarkt, ein starkes politisches Europa, und da darf es keine Ungleichgewichte geben, sondern es müssen alle davon profitieren.

Heinlein: Das ist ein Appell, den Sie teilen mit den Finanzministern von Tschechien, Estland. Auch Irland und andere kleinere Länder haben diese Sorge, haben diesen Appell. Ist aus Ihrer Sicht von dem, was Sie gestern gehört und gelesen haben, sichergestellt, dass es nicht diesen verzerrten Wettbewerb geben wird?

Peter: Nein, aus meiner Sicht ist das noch nicht sichergestellt. Das ist einer von vielen Punkten, jetzt bei der Konkretisierung wirklich für den Geldfluss zu sorgen, wirklich die regulatorischen Rahmen voranzubringen. Das heißt zum Beispiel auch, Flächen- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, bereitzustellen. Ein Punkt, der gewährleistet werden muss, dass man hier klare Regeln einzieht. Das Geld muss in Klimaschutz fließen, es muss gut verteilt sein über Europa und es braucht wirklich eine Stimulation in kürzerer Zeit, weil die Amerikaner und China nicht warten.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.